

Rolf Steininger, als Zeitgeschichtler mit Kompetenz und Fortüne hinlänglich ausgewiesen, packt mit seinem neuesten Buch einmal mehr ein politisch brisantes Problem an. Sein Thema ist jene Lösung, die die Südtirolfrage in dem Gruber-De Gasperi-Abkommen gefunden hat (d.h. das Verbleiben des Gebiets zwischen Brennerpaß und Salurner Klause bei Italien mit Autonomiestatus für die deutschsprachige Volksgruppe), das am 5. September 1946 in Paris von dem österreichischen und dem italienischen Außenminister, Karl Gruber und Alcide De Gasperi, abgeschlossen, jedoch von Österreich nie förmlich ratifiziert wurde. Dennoch betrachtete man den „sog. Vertrag, der kein Vertrag ist“ – insofern ein völkerrechtliches Unikum – später beiderseits als uneingeschränkt gültig.

Begreiflicherweise hat dieser – zudem mit soviel Emotionen befrachtete – Gegenstand schon eine Reihe von Behandlungen in den Memoiren der seinerzeitigen Akteure, der Publizistik und freilich auch der Geschichtswissenschaft erfahren. Was soll also eine erneute Untersuchung – eine mehr? Diese Frage stellt sich der Autor auch und gibt eine plausible Antwort. Dieser neuerliche Versuch ist allein schon deshalb voll gerechtfertigt, weil sich die Studie Rolf Steiningers von ihren thematisch gleichgerichteten Vorläufern durch ihre anders beschaffene Quellengrundlage deutlich abhebt. Denn die Materialbasis hat mit der Freigabe der einschlägigen Akten jener Regierungen (natürlich mit Ausnahme der Sowjetunion), die an dem politischen Entscheidungsprozeß der Südtirolfrage in der unmittelbaren Nachkriegszeit beteiligt waren, eine grundlegend andere Qualität gewonnen. Eine instruktive Auswahl jener Dokumente, deren Erschließung zu einem wesentlichen Teil ihm selbst zu verdanken ist, hat Steininger in einem stattlichen Anhang von fast 200 Seiten mitgeliefert. Die fremdsprachigen Texte erscheinen darin durchgängig ins Deutsche übersetzt; die Schlüsseldokumente werden zusätzlich in der Originalversion abgedruckt: ein hilfreiches Verfahren.

Wenn Steininger die vorliegenden Akten als nicht in jedem Punkt für eine abschließende Beurteilung zureichend einschätzt, hängt dies nicht nur mit dem hohen Anspruch des Autors zusammen, sondern vor allem mit der Komplexität der Entscheidungsfindung, die zu dem Gruber-De Gasperi-Abkommen geführt hat.

Steininger zeigt eindringlich und präzise (und insoweit die bisherige Forschung modifizierend), in welchem Ausmaß die britische Außenpolitik in der Südtirolfrage die Weichen hin zu diesem Abkommen gestellt hat, das zunächst als „einmaliges Dokument österreichischer Schwäche“ (Kreisky) apostrophiert wurde und sich im Laufe der Jahre doch als „Magna Charta für Südtirol“ erweisen sollte. Bezeichnenderweise erbrachte gerade der

spätere Außenminister und Bundeskanzler Bruno Kreisky diesen Beweis und revidierte damit sein vorschnelles Diktum.

OStD Werner Ripper in: *Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer*,  
Heft 35-36/1988